Ausschussbericht Beilage 1682

Bericht und Abänderungsantrag

des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 1295) betreffend Offenlegung der Konzepte zum Ärztebereitschaftsdienst und Einberufung eines Experten-Gipfels (Zahl 22 - 944) (Beilage 1682).

Der Sozialausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Konzepte zum Ärztebereitschaftsdienst und Einberufung eines Experten-Gipfels, in seiner 09. Sitzung am Mittwoch, dem 30.11.2022, beraten.

Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Elisabeth Trummer stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Trummer gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Sozialausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Offenlegung der Konzepte zum Ärztebereitschaftsdienst und Einberufung eines Experten-Gipfels, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Trummer beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 30.11.2022

Der Berichterstatter:
Johannes Mezgolits eh.

Der Obmann:
Mag. Dr. Roland Fürst eh.

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 30. November 2022

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 944, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung
des Burgenländischen Landtages vom …. betreffend Ärztebereitschaftsdienst

Die Sicherung der elementaren Daseinsvorsorge zählt zu den Kernaufgaben der Politik und ist eine moralische Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Vor allem bei der Aufrechterhaltung unseres funktionierenden Gesundheitssystems sind Politik und Gesetzgeber im jeweiligen Zuständigkeitsbereich gefordert. Das Gesundheitswesen steht ständig im Spannungsfeld zwischen neuen medizinischen Errungenschaften, einer Verbesserung der Ausbildung der Mitarbeiter und der Finanzierbarkeit des Systems. Es gilt, auch in Zukunft die beste Versorgung für alle Menschen ohne finanzielle Hürden und eine ausreichende Zahl an Allgemeinmedizinern und Fachärzten für den ländlichen Raum zu gewährleisten.

Die Wochenend- und Feiertagsdienste der Vertragsärzte waren bis jetzt in einer Verordnung der burgenländischen Ärztekammer verpflichtend geregelt, diese Verordnung lief am 30.06.2021 aus und wurde seitens der Ärztekammer nicht mehr verlängert, sodass es für die Ärzte im Burgenland keine Verpflichtung mehr gibt Wochenend- und Feiertagsdienste zu leisten. Das Burgenland war das letzte Land mit einer derartigen Verordnung seitens der Ärztekammer. Der Wochenend- und Feiertagsdienst basiert nun auf Freiwilligkeit, wobei auch Wahlärzte diese leisten können und die demensprechende Vergütung seitens der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) erhalten. Diese Problematik betrifft daher nicht nur das Burgenland, sondern ganz Österreich. Bemerkenswert ist überdies, dass dieses Problem dem Gesundheitsminister bekannt sein muss, da es diesbezüglich eine ausführliche schriftliche Anfragebeantwortung im Nationalrat vom 16.04.2021 gibt in dieser unter anderem festgehalten wird, dass eine flächendeckte Verpflichtung zu Wochenend- und Feiertagsdienste die bessere Variante wäre um die Versorgungssicherheit in ganz Österreich sicherzustellen. Die Zuständigkeit für die vorliegende Problematik liegt ganz klar beim Bund und ist beispielsweise über das (Bundes-)Ärztegesetz geregelt, daher ist die Bundesregierung angehalten für dieses österreichweite Probleme rasch eine Lösung umzusetzen, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden.

Für die Abgeltung des Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienstes ist die ÖGK Vertragspartner der Ärzteschaft. Da die medizinische Versorgung der burgenländischen Bevölkerung eines der wichtigsten Anliegen ist, gibt es seitens des Landes die grundsätzliche Bereitschaft, einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Zu diesem Zweck werden laufend Gespräche mit der ÖGK geführt, um ein tragfähiges und für die burgenländischen Ärzte vertretbares Model zu erarbeiten. Über eine erfolgreiche Finalisierung wird die burgenländische Bevölkerung umgehen informiert.

Das Problem des fehlenden Mediziner-Nachwuchses hängt eng auch mit zu restriktiven Zugangsbeschränkungen zum Medizinstudium und der damit einher gehenden Verknappung der vorhandenen Studienplätze zusammen. Einerseits ist die Zahl der Studienplätze zu niedrig. Andererseits können diese im Fall eines Studienabbruches nur selten nachbesetzt werden. Das führt zu einer Verknappung des Ärzteangebotes, die gerade der ländliche Raum zu spüren bekommt. Um mit mehr Personal den Druck vom System aus Kassen- und Wahlärzten zu nehmen, sind die Studienplätze in der Humanmedizin entsprechend aufstocken.

Das Burgenland unterstützt die Ausbildung burgenländischer Jungärzte schon jetzt engagiert – etwa durch kostenlose Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium oder durch freiwillige monatliche Zuschüsse für angehende Mediziner in burgenländischen Spitälern während des klinisch-praktischen Jahres. Ebenfalls hat das Land Burgenland seine Stipendien an der Danube Private University (DPU) aufgestockt, um den in den kommenden 10 Jahren drohenden Ärztemangel im Burgenland schon jetzt entgegenzutreten. Statt bisher sechs vergibt das Land Burgenland im Rahmen einer neuen Sonderförderaktion nun bis zu 55 Stipendien pro Studienjahr an junge Menschen, die Medizin an der DPU studieren möchten.

Das aktuelle Regierungsprogramm der Landesregierung, der Zukunftsplan Burgenland, beinhaltet das klare Bekenntnis zur Umsetzung der Standortgarantie sowie zur Weiterentwicklung aller fünf burgenländischen Spitalsstandorte.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Landtag bekennt sich zu den umfassenden Maßnahmen des Landes gegen den Ärztemangel und zum Erhalt der Spitalstandorte im Burgenland.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- wirksame österreichweite Maßnahmen gegen den akuten Ärztemangel zu setzen;
- eine österreichweite Lösung für die Ärztedienste insbesondere für Wochenend- und Feiertagsdienste am Wochenende umsetzen;
- die Anzahl der Studienplätze aufstocken und auf EU-Ebene eine Verlängerung der Quotenregelung für den Studienzugang zum Medizinstudium sicherstellen;
- weiterhin Gespräche mit den Vertragsparteien betreffend Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienst führen, um günstig auf eine Einigung hinzuwirken.